

Newsletter Februar 2024

Heike Baehrens — für die SPD im Bundestag

Liebe Leserinnen und Leser,

politisches Handeln braucht Realitätssinn und Weitblick. Es gilt, Realitäten anzuerkennen, sich nicht von Stimmungen treiben zu lassen und mutig das zu entscheiden, was notwendig ist. Das gilt für die Außenpolitik ebenso wie für die Wirtschaftspolitik.

In der deutschen Wirtschaft rumort es. Die Exporte stagnieren, Lieferengpässe und Fachkräftemangel führen zu Produktionsausfällen, die Binnennachfrage ist eingebrochen. Die vielen Krisen in den letzten Jahren machen nicht nur uns Bürgerinnen und Bürgern zu schaffen, sondern auch den Unternehmen. Bürokratie wird beklagt, ebenso zu lange Entscheidungsprozesse. Viele Unternehmerinnen und Unternehmer scheuen sich vor neuen Investitionen, denn im Moment ist es wichtiger, den Betrieb überhaupt am Laufen zu halten. Für die Politik der Ampelkoalition heißt es: die Realität anerkennen und die Herausforderungen anpacken. Ein Beispiel dafür ist das sogenannte Wachstumschancengesetz. Es soll genau jene Branchen finanziell unterstützen, die aktuell schwächeln. Warum die Unternehmen allerdings noch eine Weile darauf warten müssen, erkläre ich im Newsletter.

Auch was die Cannabispolitik angeht, heißt es, realistisch sein. Tatsache ist, dass trotz Verbot heute so viele Menschen in Deutschland Cannabis konsumieren wie seit Jahrzehnten nicht. Fakt ist leider auch, dass unter den Konsumierenden immer mehr Jugendliche sind. Der Schwarzmarkt blüht, die Justiz ist überlastet. Die bisherige Drogenpolitik hat ihr Ziel nicht erreicht. Mit dem nun beschlossenen Cannabisgesetz erkennen wir die Realität an und machen den Weg frei für den begrenzten Eigenanbau von Cannabis und für verbesserten Jugend- und Gesundheitsschutz. [In meiner Rede](#) am vergangenen Freitag im Deutschen Bundestag habe ich diesen neuen Weg erläutert. Mehr dazu auch auf den folgenden Seiten.

Hinschauen, bisherige Wege hinterfragen und neue, bessere Wege prüfen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht von uns Politikerinnen und Politikern, dass wir die Realität mit offenen Augen und Ohren wahrnehmen, besonnen um den besten Weg ringen und dann mutig Zukunftsentscheidungen treffen.

Ihre/Eure



Mehr Gesundheitsschutz durch kontrollierten Umgang mit Cannabis

Über Jahrzehnte war der private Anbau sowie der Besitz und Konsum von Cannabis streng verboten. Auch wer mit Kleinstmengen erwischt wurde, wurde strafrechtlich verfolgt und stigmatisiert. Heute wissen wir: Die Verbote waren wirkungslos. Immer mehr Menschen in Deutschland – vor allem Jugendliche! – konsumieren Cannabis, das sie vom florierenden Schwarzmarkt beziehen.

Ein Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik ist dringend notwendig. Nicht um Verharmlosung darf es dabei gehen, denn die Risiken des Cannabiskonsums sind erheblich – insbesondere für junge Menschen, deren Hirnentwicklung noch nicht abgeschlossen ist, kann der Konsum von Cannabis gravierende Auswirkungen haben. Darum gilt es, Aufklärung, Prävention und Frühintervention zu stärken. Mit dem neuen Cannabisgesetz stellen wir endlich den Gesundheitsschutz ins Zentrum und konzentrieren uns auf das, was vorrangig bekämpft werden muss: der Schwarzmarkt! Wir sorgen dafür, dass Dealer, die Cannabis an Kinder oder Jugendliche weitergeben, künftig noch rigoros verfolgt und mit mindestens zwei Jahren Freiheitsentzug bestraft werden.

Der private Anbau, Besitz und Konsum von Cannabis wird entkriminalisiert, nicht legalisiert. Das heißt, wir setzen sichere Rahmenbedingungen für einen besonnenen, verantwortungsvollen Umgang. Der Konsum bleibt für Menschen unter achtzehn Jahren selbstverständlich untersagt. Auch im öffentlichen Raum darf etwa in der Nähe von Kitas, Schulen oder Spielplätzen kein Joint geraucht werden. Gleichzeitig verstärken wir Suchthilfe und Beratungsangebote. Denn: Wer nicht mehr kriminalisiert wird, kann für Hilfe und Prävention leichter erreicht werden. Endlich gibt es dann einen angstfreien Zugang zu einem gut ausgebauten Hilfesystem.

Wir werden die Umsetzung sorgfältig beobachten und dann gemeinsam diskutieren, wo gegebenenfalls nachgesteuert werden muss. Jugendschutz und Gesundheitsschutz als oberster Maßstab; aufklären und entstigmatisieren ohne zu verharmlosen; den Schwarzmarkt bekämpfen; Polizei und Gerichte entlasten – das ist der neue Weg in der Cannabispolitik.

Wachstumschancengesetz – für einen starken Standort Deutschland

Deutschland ist stark genug, um gut durch Krisen zu kommen. Das haben wir immer wieder gezeigt, zuletzt bei der Aufstellung des Haushalts 2024. Wir investieren in Rekordhöhe in Infrastruktur, in erneuerbare Energien und in Zukunftsindustrien und sorgen für innere, äußere und soziale Sicherheit. Trotzdem: Die deutsche Wirtschaft muss sich weiterentwickeln, um wettbewerbsfähig zu bleiben – dafür brauchen wir endlich das Wachstumschancengesetz. Gerade in dieser Zeit, wo die wirtschaftliche Lage angespannt ist, brauchen die Unternehmen Unterstützung, um wieder Fahrt aufzunehmen. Als Ampelkoalition wollen wir den Betrieben nun mit wichtigen Erleichterungen unter die Arme greifen. Vorgesehen sind unter anderem Prämien für Investitionen in den Klimaschutz, bessere Abschrei-

bungsbedingungen für den Wohnungsbau und steuerliche Erleichterungen für mehr Forschung. All das und mehr hält das Wachstumschancengesetz bereit.

Während die CDU/CSU die vermeintliche Tatenlosigkeit der Regierung öffentlich kritisieren, blockieren die unionsgeführten Länder das im November 2023 vom Deutschen Bundestag beschlossene Gesetz im Bundesrat noch immer. Mit fadenscheiniger Argumentation blockieren sie dringend notwendige industriepolitische Weichenstellungen und verknüpfen ihre Verhandlungsbereitschaft mit den Interessen der protestierenden Landwirte. Das ist unverantwortlich! Denn die Betriebe in unserem Land – insbesondere die kleinen und mittelständischen – brauchen dringend diese wichtigen Wachstumsimpulse.

Unterwegs im Landkreis



Engagierte Diskussion bei der Mitgliederversammlung des SPD-Kreisverbands Göppingen über das Wahlprogramm zur Kreistagswahl am 9. Juni. Für den Landkreis. Für Dich.



Volles Haus beim Neujahrsempfang der SPD Göppingen in der Jahnhalle. Die feurige Rede von Kevin Kühnert begeisterte das Publikum und gab Redestoff.



Vor der roten Wand in meinem Göppinger Bürgerbüro mit SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert.



Termine

Dienstag, 27. Februar

18:30 Uhr

Veranstaltung „Quo vadis Krankenhausreform?“ der SPD-Kreisfraktion im Landkreis Esslingen
Landtag Stuttgart

Donnerstag, 29. Februar

12:30 Uhr

Austausch mit der Caritas Region Fils-Neckar-Alb
Göppingen

Freitag, 1. März

15:30 Uhr

Verabschiedung von Geschäftsführerin Karin Woyta, Einführung von Kai Münzing
Staufen Arbeits- und Beschäftigungsförderung gGmbH
Stadtkirche Göppingen

19:00 Uhr

Juso-Jour fixe
Bürgerbüro

Sonntag, 3. März

10:30 Uhr

Sportlerehrung des Sportkreises Göppingen e.V.
Stauferslandhalle Salach

Montag, 4. März

EU-Projekttag

am Freihof-Gymnasium Göppingen, an der Silcherschule Eisligen und dem Schulverbund Süßen

Dienstag, 5. März

12:00 Uhr

Gespräch mit Geschäftsführer Kai Münzing
Staufen Arbeits- und Beschäftigungsförderung gGmbH
Waldeckhof

14:30 Uhr

Veranstaltung „Digitalisierung in der Pflegeausbildung - Pflegeausbildung 4.0“
Emil-von-Behring-Schule, Geislingen

Mittwoch, 6. März

17:00 Uhr

Verabschiedung von Bürgermeister Karl Vesenmaier
Bürenhalle Wäschenbeuren

Donnerstag, 7. März

16:00 Uhr

Bürgersprechstunde

Montag, 10. März

10:30 Uhr

Neujahrsempfang OV Geislingen

Montag, 11. März bis Freitag, 15. März

Sitzung des Deutschen Bundestages

Montag, 18. März bis Freitag, 22. März

Sitzung des Deutschen Bundestages

Bürgerbüro

Roth Carrée Schillerplatz 10
73033 Göppingen
Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 504 82 74
heike.baehrens.wk@bundestag.de

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159
heike.baehrens@bundestag.de